

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (077 34) 60 61

TELEFAX (077 34) 71 12

TELEFON (042 51) 5 61

TELEFAX (042 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

12. Sep. 2019

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

in einem kürzlichen Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ verstieg sich ausgerechnet Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zu der Behauptung, daß der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke „der erste Mord an einem Politiker nach dem Krieg“ gewesen sei. War Bouffier dabei wirklich nicht mehr geläufig, daß im Mai 1981 der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry (FDP) in seinem Haus in Frankfurt während des Schlafs erschossen wurde?

Täter und Mitwisser dieses Verbrechens konnten im übrigen bis heute nicht überführt werden, wobei etliche Spuren tief in das damals noch junge grüne Milieu reichten. Es gab ein beleidigendes „Bekennerschreiben“ sogenannter „Revolutionärer Zellen“ und die Bundesanwaltschaft ließ über etliche Jahre Telefonanschlüsse mutmaßlicher Sympathisanten überwachen. Einer davon war im übrigen ein gewisser „Joschka“ Fischer, der so lange überwacht wurde, bis er durch die Wahl in ein Parlament Immunität genoss. Etwa zeitgleich verriet eine Europaabgeordnete der Grünen der „DDR“-Staatsicherheit, sie wisse, wer Karry erschoss. Doch bevor die westdeutschen Behörden darauf aufmerksam wurden, verstarb diese Politikerin mit Mitte Vierzig an einem Herzinfarkt.

Der Fall Karry beschäftigte in den 1980er Jahren bundesweit Öffentlichkeit und Behörden. Und dies in Hessen, wo Bouffier auch schon damals politisch aktiv war, natürlich in besonderem Maße. Doch warum möchte Bouffier sich an diesen Fall zur Zeit nicht mehr so recht erinnern? Könnte es an der Tatsache liegen, daß er derzeit gemeinsam mit den Grünen das Land regiert – und das mit nur einer Stimme Mehrheit? (tb)

2 **US-Botschafter erinnert Bundesregierung an fehlende Souveränität**

Washingtons Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, sorgte mit einem Interview für die Nachrichtenagentur FNA für Aufsehen. Dort erinnerte er Berlins Machthaber daran, daß „trotz der Zwei-Plus-Vier-Verträge die Amerikaner in Deutschland nach wie vor umfangreiche Befugnisse haben“, daß „sie die Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen etwas genauer unter die Lupe nehmen und vielleicht zusätzliche 200 000 Soldaten in Deutschland stationieren müssten“, wenn deutsche Politiker die Anweisungen aus Washington nicht befolgten.

Bislang hätte man stets „mit Freundlichkeit“ versucht, Berlins Machthaber „an ihre Verpflichtungen gegenüber Washington zu erinnern“. Grenell selbst stehe aber eher für den „direkten Weg, ohne Umschweife“, denn dies alles sei schließlich kein „Wunschkonzert“: „Wenn die Amerikaner sagen, ‚Ihr kauft kein russisches Gas, sondern amerikanisches Gas‘, dann wird das so gemacht. Und wenn die Amerikaner sagen, ‚Ihr Deutschen erhöht das Rüstungsbudget auf 2 % der Wirtschaftsleistung‘, dann sind das keine 1,23 %. Die Deutschen sollten sich nicht länger der Illusion hingeben, souverän zu sein. Akzeptiert es endlich: Deutschland ist immer noch ein US-Protectorat!“

Mit aller Deutlichkeit brachte Grenell damit in die Öffentlichkeit, was unter Experten bereits seit Langem vermutet und in der Bevölkerung befürchtet war. Berlins Machthaber taten zwar diese Zusammenhänge bislang immer als „Verschwörungstheorien“ ab, scheinen nun aber dem US-Botschafter keine entsprechende Antwort geben zu können. Die politische Realität zeigt jedenfalls, daß derartige Befehle aus Washington in der Vergangenheit tatsächlich befolgt wurden, wie man aktuell an der Forderung einer „2 %-Rüstungsausgaben-Bestimmung“, die parteiübergreifend im Bundestag befürwortet wird, sehen kann. Bezeichnend ist, daß die sogenannten „Qualitätsmedien“ den genauen Inhalt dieses Interviews bisher verschwiegen und nur nebulös über die dadurch ausgelöste Empörung berichteten.

Wenn der US-Präsident das oft kriminelle Rechtsgebahren im Zusammenhang mit der ungehinderten Immigration nach Deutschland als „nationales Sicherheitsrisiko“ auch für die USA bezeichnet, dürfte diese Aussage unter den vorgenannten Hintergründen eine besondere Brisanz erlangen. Möglicherweise ist es vor diesem Hintergrund aber gar nicht so schlecht, wenn auch in diesem Zusammenhang Washingtons Verordnungen richtungsweisend sind . . . (eh)

3 **Gauck: „Rechts“ ist nicht „rechtsradikal“**

Von vielleicht zunehmender Altersweisheit geprägt, hat der frühere Bundespräsident Joachim Gauck mehr Demokratieverständnis gefordert. Er kritisierte, daß „gewisse Themen nicht ausreichend von der Regierung versorgt wurden“, wobei Gauck vor allem mit Blick auf die Migrationswelle die Parteien ausdrücklich zur Bearbeitung „aller relevanten Themen und Probleme“ aufforderte. Dazu benötige man, so Gauck ausdrücklich weiter, auch „eine erweiterte Toleranz in Richtung rechts“.

Dies bedinge „nicht jeden, der schwer konservativ ist, für eine Gefahr für die Demokratie zu halten und aus dem demokratischen Spiel am liebsten hinauszudrängen“. Man müsse vielmehr sehr genau zwischen rechts (im Sinne von stark konservativ) und rechtsextremistisch bzw. rechtsradikal unterscheiden. (Genau so, wie es die politische Linke für sich einfordert und wie es auch mehrheitlich praktiziert wird – die Red.) (tb)